



Andreas Pettenkofer

DIE ENTSTEHUNG DER GRÜNEN POLITIK

Kultursoziologie der westdeutschen Umweltbewegung

campus

Die Entstehung der grünen Politik

Andreas Pettenkofer, Dr. phil., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Weber-Kolleg der Universität Erfurt.

Andreas Pettenkofer

Die Entstehung der grünen Politik

Kultursoziologie der westdeutschen Umweltbewegung

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-593-39417-6

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 2014 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlagmotiv: Hubschraubereinsatz gegen Demonstranten in Brokdorf, 1981, dabei wird aus der Luft Tränengas eingesetzt, © Günter Zint.

Druck und Bindung: Beltz Bad Langensalza GmbH

Gedruckt auf Papier aus zertifizierten Rohstoffen (FSC/PEFC).

Printed in Germany

Dieser Titel ist auch als E-Book erschienen.

www.campus.de

Inhalt

Vorwort.....	8
I. Die Entstehung eines Protestfelds (1966–1973)	
Einleitung.....	37
1. Außerparlamentarischer Protest und die Dynamik von Kirche und Sekte	39
1.1 Die Vorbereitung einer radikalen Gesellschaftskritik.....	39
1.2 Der lokale Kalte Krieg und das Modell der Guerilla.....	50
1.3 Gewalterfahrungen und die Synchronisation der Protestdynamiken	59
2. Der »antiautoritäre« Diskurs und seine Spannungslinien.....	67
2.1 Das »Organisationsreferat«	67
2.2 Die Radikalisierung des Deutungsmusters.....	80
3. Die »neue Linke« als Organisationsfeld und Konkurrenzordnung.....	98
3.1 Die erste Abweichung: Die ML-Organisationen	99
3.2 Die zweite Abweichung: Die »Gewaltfreien Aktionsgruppen«.....	114
3.3 Die »Undogmatischen«	123
3.4 Die Einheit des Protestfelds.....	124
II. Die Sakralisierung der politischen Ökologie (1974–1977)	
Einleitung.....	135
4. Der Beginn des »gewaltfreien« Protests gegen Atomkraft: Wuhl.....	136
4.1 Die Unwahrscheinlichkeit des ökologischen Protests.....	136

4.2	Die Sehnsucht nach der Volksbewegung.....	140
4.3	Der Wyhler Konflikt und der Wandel des Deutungsmusters.....	160
5.	Der Beginn des »militanten« Protests gegen Atomkraft: Brokdorf.....	175
5.1	Ansteckungskraft des Sakralen (1): Der neue Symbolstatus der Atomkraft.....	184
5.2	Logik der Sekte (1): Konkurrenzkämpfe im Protestfeld.....	188
5.3	Ansteckungskraft des Sakralen (2): Erfahrungen des gemeinsamen Protestierens	199
6.	Die Entstehung einer Anti-AKW-Bewegung.....	207
6.1	Ansteckungskraft des Sakralen (3): Die negative Sakralisierung der Kerntechnik.....	209
6.2	Logik der Sekte (2): Die Polarisierung des Protestfelds.....	227

III. Die außerparlamentarische Verfestigung der grünen Politik (1978–1984)

	Einleitung.....	237
7.	Die Euphorie des Protests.....	239
7.1	Die erste Verschlechterung der Gelegenheiten.....	239
7.2	Die Kontinuität des »gewaltfreien« Protests: Das Beispiel der Gorleben-Kampagne	247
7.3	Die Kontinuität des »militanten« Protests: Das Beispiel der Großdemonstration bei Brokdorf, Februar 1981.....	266
7.4	Zwischenfazit: Konkurrierende Euphorien	278
7.5	Das Scheitern der rationalen Organisation (1): Der Niedergang der ML-Organisationen.....	281
8.	Die Entstehung einer Katastrophenkosmologie.....	288
8.1	Der nukleare GAU als Paradigma	289
8.2	Technik und Krieg: Der Beginn der neuen Friedensbewegung..	294
8.3	Zwischenfazit: Der Mechanismus der Generalisierung.....	300
8.4	Exkurs zur Wiederkehr des Protestdiskurses im Gewande seiner soziologischen Beschreibung.....	303
9.	Protest als Beweishandlung	307

9.1 Die zweite Verschlechterung der Gelegenheiten	308
9.2 Das Scheitern der rationalen Organisation (2): Der Niedergang des BBU	313
9.3 Die Grenzerhaltung der »Gewaltfreien Aktionsgruppen«.....	316
9.4 Die Fortsetzung des »autonomen« Engagements.....	324
Fazit	335
Nachbemerkungen zur Methode.....	350
Nachweise.....	358
Quellen und Literatur	360

Vorwort

Die Existenz einer »grünen« politischen Option scheint heute selbstverständlich; wer andere Parteien wählt, hält es doch für normal, dass es auch grüne Parteien gibt. Dennoch bedeutet die Entstehung dieser grünen Politik einen tiefgreifenden, durchaus unwahrscheinlichen Wandel der politischen Kultur, für den eine plausible Erklärung immer noch aussteht. Das gilt gerade auch für den Fall der alten Bundesrepublik. Die *Organisationsgeschichte* der grünen Partei, einschließlich ihrer Gründungsgeschichte, ist zwar gut erforscht.¹ Die Frage bleibt aber: Wie konnten sich eigentlich die kulturellen Voraussetzungen bilden, die dann auch die Gründung einer solchen Organisation sinnvoll und wertvoll erscheinen ließen? Wie kam es zu dem tieferen Einverständnis, das eine enge Kooperation zwischen Gruppen erlaubte, die untereinander höchst zerstritten schienen? Hier lohnt es sich, nochmals jene »neulinke« Protestbewegung in den Blick zu nehmen, die in den 60er Jahren in Gang kommt und über die Mitte der 80er Jahre hinaus andauert; das »grüne« Deutungsmuster wurde wesentlich durch die Eigendynamik dieser Protestbewegung hervorgebracht. Darum bietet die Untersuchung dieses Falls auch Gelegenheit, ein Set sozialer Mechanismen genauer zu begreifen, die auch in anderen Fällen einen kulturellen Wandel antreiben, mit dem so nicht zu rechnen gewesen wäre.

Denn das »grüne« Muster unterscheidet sich deutlich vom Programm eines »Naturschutzes«² wie auch von der damals neuen sozialliberalen Umweltpolitik³. Der Unterschied liegt nicht bloß darin, dass das »Grüne« nun

1 Vgl. zunächst Joachim Raschke u.a., *Die Grünen*, 1993; Silke Mende, »Nicht rechts, nicht links, sondern vorn«. *Eine Geschichte der Gründungsgrünen*, 2011.

2 Dazu Jens Ivo Engels, *Naturpolitik in der Bundesrepublik*, 2006, und am bayerischen Fall: Ute Hasenöhr, *Zivilgesellschaft und Protest*, 2011. Den überraschenden Charakter der weiteren Entwicklung betont auch Engels, »Umweltschutz in der Bundesrepublik – Von der Unwahrscheinlichkeit einer Alternativbewegung«, 2010.

3 Dazu Edda Müller, *Innenwelt der Umweltpolitik*, 1986; Kai F. Hünemörder, *Die Frühgeschichte der globalen Umweltkrise und die Formierung der deutschen Umweltpolitik*, 2004.

zu einem eigenen Standpunkt aufgewertet wird, der eine neue politische Perspektive eröffnet. Die ganze Richtung der Aufmerksamkeit verschiebt sich gegenüber jenen älteren Politisierungen von ›Natur‹: Erstens konzentriert sich die grüne Kritik zunächst auf einen anderen Gegenstand – nicht auf den Schutz von ›Natur‹ und nicht auf die im industriellen Normalbetrieb mitlaufenden, erst kumulativ wirksamen Schädigungen, sondern auf die Möglichkeit *katastrophaler* Schäden, zuallererst: auf die möglichen Nebenfolgen der (im älteren Naturschutz oft positiv bewerteten) AKW-Technik. Ein Teil des zu lösenden Rätsels lautet hier: Wie kann sich eine Partei stabilisieren, für die der Ausstieg aus der AKW-Technik die einzige nicht verhandelbare Frage darstellt? Zweitens bedeutet diese Art, den katastrophalen Schaden zum Modell zu erheben, nicht nur einen zugespitzten Hinweis auf ein technisches Einzelproblem. Sie bricht rhetorisch mit einem zentralen ›industriegesellschaftlichen‹ Legitimationsmuster, das drohende Schäden als kalkulierbar, durch Versicherungslösungen aufzufangen und letztlich im Namen kollektiv geteilter Ziele hinzunehmen begreift.⁴ (Ein Zeichen dafür, wie sehr das zeitgenössische Beobachter irritierte: Auch der Systemtheoretiker Luhmann beklagt nun, dass »die Bedingungen unterstellbaren Konsenses und kommunikativer Verständigung gesprengt werden.«⁵) Drittens bleibt die ›grüne‹ Politik eben nicht auf die Themen Technik und ›Natur‹ begrenzt, sondern betreibt eine zuvor kaum denkbare Verknüpfung der Themen ›Technik‹, ›Krieg‹ und ›Geschlecht‹, die nun *gemeinsam* zu Gegenständen der Aufmerksamkeit werden; die Entstehung des grünen Deutungsmusters ist auch die Entstehung eines neuen *Klassifikationsschemas* politischer Probleme. Eine weitere Frage lautet also: Wie kommt es zu der Vorstellung, dass diese Themen eng zusammengehören?

Zugleich zeigt sich ein neuer *Verlust* an Aufmerksamkeit. Gut erkennen lässt sich das zunächst bei den heutigen Grünen-Wählern. Zwar ordnet sich dieses Politikmuster – abgesehen von einem kurzen Zwischenspiel in

4 Zum historisch voraussetzungsvollen Charakter des ›Risiko‹-Schemas wie zu seiner politischen Integrationswirkung vgl. die Arbeiten des Foucault-Schülers François Ewald: ders., *L'État-Providence*, 1986 (dt. Teilübers.: *Der Vorsorgestaat*, 1993); ders., »Die Versicherungs-Gesellschaft«, 1989. Recht ähnliche Beschreibungen des kulturellen Wandels, den das Brüchigwerden dieses Schemas bedeutet, geben – mit je unterschiedlichen Erklärungsvorschlägen – Mary Douglas, Aaron Wildavsky, *Risk and Culture*, 1982, und Niklas Luhmann, *Soziologie des Risikos*, 1991. Da die neue Kritik dieses ›Risiko‹-Schema verlässt, ist es nicht unproblematisch, die mit ihr entstehende Konfliktkonstellation unter dem Titel ›Risikogesellschaft‹ zu diskutieren.

5 Luhmann, *Soziologie des Risikos*, S. 4.

der Parteigründungsphase – eindeutig dem »linken« Teil des politischen Spektrums zu. In Umfragen fällt aber auf, dass »gerade Sympathisanten der Grünen und des Postmaterialismus am wenigsten der Auffassung zustimmen können, dass das gesellschaftliche Fortkommen in erster Linie von Herkunft und Besitz abhängt.«⁶ Gewiss führte die Partei in ihrer Oppositionsphase eine intensive sozialpolitische Debatte zur Frage einer Grundsicherung;⁷ während der rot-grünen Regierungszeit zwischen 1998 und 2005 bestand jedoch das einzige legislative Ergebnis dieser Debatte in der neuen »Grundsicherung für Arbeitsuchende« (»Hartz IV«). In der Partei selbst kann die Frage, welches Gewicht dem Problem wirtschaftlicher Ungleichheit zukommt, nun Gegenstand eines akzeptierten Dissens sein, der zur Flügelbildung beiträgt, aber nicht mehr die Zugehörigen von den Nichtzugehörigen trennt. Überzeugungen, die die Notwendigkeit sozialpolitischer Eingriffe betreffen, haben nicht, oder nicht mehr, den Status zentraler Werte; auch wenn viele der Beteiligten an ihnen festhalten, wissen sie zugleich, dass die Haltung zu dieser Frage nicht als entscheidend gilt.⁸ Wie lässt sich diese Verlagerung der Aufmerksamkeit erklären?

Einige Erklärungen, die im Prinzip denkbar wären, dürften hier wegfallen: Zunächst lässt sich diese Entwicklung nicht einfach durch ein Dringlichwerden objektiv gegebener Probleme erklären und auch nicht einfach dadurch, dass über objektiv gegebene Probleme schließlich Informationen verfügbar werden. Damit soll wohlgemerkt nicht gesagt sein, dass die »grüne« Kritik nicht auf tatsächlich existierende Probleme reagiert oder aus anderen Gründen schlicht irrational ist. Aber der Ländervergleich zeigt, dass »objektiv« ähnliche Umweltprobleme sich auf sehr unterschiedliche Weisen verstehen lassen.⁹ Entsprechend reicht für eine Erklärung auch nicht der (in Selbstbeschreibungen ökologischer Gruppen oft anzutreffende) Verweis auf lokale Erfahrungen von Betroffenen, die im Zuge eines »Basis- oder »Graswurzel-Engagements schrittweise Einsichten in die

6 Franz Walter, *Gelb oder grün? Kleine Parteiengeschichte der besserverdienenden Mitte in Deutschland*, 2010, S. 94.

7 Zu den einzelnen Positionen und zum moralischen Anspruch dieser Debatte vgl. Jörn Lamla, *Grüne Politik zwischen Macht und Moral*, 2002.

8 Wie präsent dagegen in den Protesten der 60er Jahre das Thema Arbeiterpolitik war (und damit auch das Thema der wirtschaftlichen Ungleichheit), zeigt Gerd-Rainer Horn, *The Spirit of 68*, 2007.

9 Vgl. die ländervergleichende Studie von Reiner Keller, *Müll – Die gesellschaftliche Konstruktion des Wertvollen*, 2009. Zu den einschlägigen Ergebnissen der Umweltgeschichte: vgl. Joachim Radkau, *Die Ära der Ökologie*, 2011.

größere Reichweite der vor Ort erlebten Probleme gewinnen.¹⁰ Erstens müssen die Beteiligten aus ihren lokalen Problemwahrnehmungen – über den Wunsch hinaus, das lokale Problem zu beseitigen – überhaupt keine allgemeinen Schlüsse ziehen; zweitens stehen ihnen immer *unterschiedliche* Verallgemeinerungswege offen.¹¹ In jedem Fall wäre – unabhängig davon, ob sich für die jeweiligen Sorgen gute Gründe benennen lassen – zu zeigen, wie es gerade zu *dieser* Aufmerksamkeit kommt, warum also gerade diese Probleme unter diesen Aspekten in den Blick der Kritiker geraten, und warum sie ihnen so *wichtig* werden.

Diese Aufmerksamkeit erklärt sich nie einfach daraus, dass moderne Gesellschaften insgesamt höhere Reflexivität produzieren. Zwar bestand in der frühen Debatte über »Risiko«-Konflikte ein entsprechender Grundkonsens zwischen konkurrierenden Theorieansätzen, der sich aus einem gemeinsamen modernisierungstheoretischen Erbe ergab: Die neuen Konflikte seien zu erklären durch einen Übergang zur »reflexiven Moderne« bzw. durch eine sozialstrukturell angelegte Zunahme von »Beobachtung zweiter Ordnung.«¹² Aber gegen diese Vorstellung, moderne Gesellschaften erzeugten an sich schon höhere Reflexivität, gilt weiterhin Max Webers alter Einwand: Ihrer Komplexität wegen gründen gerade moderne Ordnungen unvermeidlicherweise zunächst auf »Einverständnis« – auf einem stillschweigenden *Vertrauen* in gegebene, in ihrem Funktionieren gar nicht verstandene Arrangements, verbunden mit der Vorstellung, man *könnte* sich das alles erklären lassen.¹³ Warum sich manchmal eine kritische Aufmerksamkeit auf das richtet, was zuvor Gegenstand eines solchen Einverständnisses war, bleibt jeweils zu erklären.

10 Zur Kritik einer Geschichtsschreibung, die sich jene Rhetorik einer unvermittelten »Erfahrung« zueigen macht, die zu den typischen Mustern in Selbsterzählungen politischer Bewegungen gehört, vgl. Joan W. Scott, »The Evidence of Experience«, 1996.

11 Diese Pluralität möglicher Generalisierungen ist zentral für das Programm einer »Soziologie der Kritik«, das Luc Boltanski und Laurent Thévenot (*Über die Rechtfertigung*, 1991/2007) entwickeln.

12 Ulrich Beck, *Gegengifte: Die organisierte Unverantwortlichkeit*, 1988, S. 151ff.; Niklas Luhmann, *Soziologie des Risikos*, S. 115ff.; ders., *Beobachtungen der Moderne*, 1995, S. 118ff., 137ff.

13 Max Weber, »Über einige Kategorien der verstehenden Soziologie«, 1913/1968, S. 472ff. Ähnlich Alfred Schütz: »Das herausragende Kennzeichen des Lebens eines Menschen in der modernen Welt ist seine Überzeugung, dass seine Lebenswelt als ganze weder von ihm selbst verstanden wird noch von einem seiner Mitmenschen vollständig verstanden werden kann.« (»Der gut informierte Bürger«, 1946/2011, S. 115.)

In diesem Buch wird der Versuch unternommen, das, was manchen Beobachtern als direktes Produkt sei es objektiver Problemlagen, sei es der Sozialstruktur moderner Gesellschaften erschien, stattdessen als Produkt eines spezifischen kulturellen Musters zu begreifen, das aus einer spezifischen Konfliktodynamik heraus entsteht. Dabei geht es nicht um ein global einheitliches Muster, das sich im Zuge eines transnationalen Diffusionsprozesses schrittweise durchsetzt.¹⁴ Zwar wurden im deutschen Fall etwa die technischen Einwände gegen das Atomprogramm großteils aus der US-Debatte übernommen. Aber sie wurden (wie sich noch genauer zeigen wird) nach Maßgabe eines *lokalen* Vorverständnisses angeeignet; erst diese *Übersetzung* – die spezifische Selektionen vollzieht und spezifische Verknüpfungen herstellt – verschafft diesen Einwänden ihre politische Wirkung.¹⁵ Für die Erklärung kommt es also wesentlich darauf an, wie dieses lokale Muster entsteht und sozialen Erfolg erlangt. Wobei es wiederum nicht genügt, auf eine allgemeine nationalspezifische kulturelle Ordnung (oder ›Mentalität‹) zu verweisen, etwa einen (unterstelltermaßen) spezifisch deutschen oder jedenfalls die deutsche Nachkriegsgesellschaft prägenden Sicherheitswunsch;¹⁶ schon deshalb nicht, weil damit nicht erklärt wäre, warum sich die Sorge gerade auf die ›grünen‹ Themen richtet.

Eben darum lohnt es sich, nochmals jene Protestbewegung in den Blick zu nehmen, in der das Deutungsmuster zuerst auftaucht. Dabei hilft es, sich nicht von vornherein auf die Annahme festzulegen, dass solche Bewegungen nur als ›Träger‹ jeweils vorher bereits entstandener kultureller Muster wirken¹⁷ – etwa: dass jugendliche Protestakteure eifrig umsetzen, was sie von Professoren und Publizisten gelernt haben –, sondern zu fragen, inwieweit die Binnendynamik des Protests (gewiss unter Weiterverar-

14 Für die ›neoinstitutionalistische‹ Sicht, die den Effekt solcher Diffusionsprozesse betont, vgl. John W. Meyer, *Weltkultur*, 2006, und Wesley Longhofer, Evan Schofer, »National and Global Origins of Environmental Association«, 2010.

15 Zu Übersetzungsprozessen in Umweltkonflikten vgl. Antje Linkenbach, »Soziale Bewegungen für Umweltgerechtigkeit in Indien und das Idiom der Menschenrechte«, 2014; allgemein zu Protestakteuren als kulturellen Übersetzern: Martin Fuchs, »Reaching out; or, Nobody exists in one context only – Society as Translation«, 2009.

16 In diese Richtung Eckart Conze, *Die Suche nach Sicherheit*, 2009.

17 Dieses in der weberianischen Tradition oft anzutreffende Schema organisiert z.B. die Darstellung der französischen Studentenbewegung bei Ingrid Gilcher-Holtey, *Die Phantasie an die Macht*, 1995, die mit einem langen ›ideengeschichtlichen‹ Kapitel beginnt. Für eine allgemeine Kritik an der Vorabfestlegung darauf, Handlungsprozesse als Umsetzungen jeweils schon gegebener ›Ideen‹ zu begreifen, vgl. Hans Joas, *Die Kreativität des Handelns*, 1992.

beitung vorgefundener kultureller Materialien) *neue* Deutungsmuster hervorbringt, also: Protestbewegungen als soziale Strukturen zu betrachten, deren Eigendynamik kulturellen Wandel befördert. Mit diesem Fokus auf die Umweltbewegung zeigen sich allerdings zusätzliche Erklärungsprobleme. Nun stellt sich ja nicht nur die Frage, warum dieses Deutungsmuster den Beteiligten *überhaupt plausibel* erschien, sondern auch, warum sie es für sinnvoll und wertvoll hielten, sich in dieser Richtung *praktisch zu engagieren*, noch dazu im prekären Rahmen einer Protestbewegung.

Hier lässt der Fall auch die Schwierigkeiten des in der Protestforschung derzeit vorherrschenden Erklärungsansatzes deutlich hervortreten.¹⁸ Dieser Ansatz verweist auf »Gelegenheitsstrukturen«, mit denen Protestbewegungen konfrontiert sind – meist entweder Ressourcenverteilungen oder sog. »politische« Gelegenheiten (Erfolgschancen; erwartbare Schäden durch staatliche Repression u.ä.) – und setzt ein Modell zweckrationalen Handelns voraus.¹⁹ Aufgrund dieser Vorentscheidung fällt es ihm schwer, kulturellen Wandel zu erklären. Im Rahmen dieser Theorie rationaler Interessenverfolgung wird das Auftreten neuer Deutungsmuster als Ergebnis des strategischen Umgangs von Organisationseliten mit verfügbaren kulturellen Elementen (*framing*) erklärt, der darauf zielt, Mitglieder zu rekrutieren bzw. zu halten oder aber die Kooperation mit anderen Protestorganisationen zu erleichtern (*frame alignment*).²⁰ Damit expliziert die Protestforschung allerdings nur ein Erklärungsmuster, das etwa in der Politikgeschichtsschreibung oft verwendet wird und dort auch zur Analyse dieser ökologischen Proteste dient: Solche Kalküle sollen teils die Aneignung von »Natur«-Themen in linken Organisationen erklären (die demnach als »linke Trittbrettfahrer« agieren)²¹, teils die Merkwürdigkeiten des neuen ökologischen Diskurses, etwa: das ständige Reden über nahende Katastrophen (als Strategie, instabile Organisationen durch das Behaupten äußerer Bedro-

18 Ausführlicher zu den im Folgenden diskutierten allgemeinen Schwierigkeiten dieses Ansatzes: A. Pettenkofer, *Radikaler Protest*, 2010: Kap. 3–4.

19 Als Überblick speziell zum Konzept politischer Gelegenheiten vgl. David S. Meyer, »Protest and Political Opportunities«, 2004.

20 Zum Programm, in Protestbewegungen entstehende neue kulturelle Verknüpfungen auf strategisches Organisationshandeln zurückzuführen, vgl. David A. Snow u.a., »Frame Alignment Processes, Micromobilization, and Movement Participation«, 1986. Den Eliten-Bias dieses Ansatzes betont Robert D. Benford, »An Insider's Critique of the Social Movement Framing Perspective«, 1997, S. 421.

21 Engels, *Naturpolitik*, S. 355ff.

hungen zusammenzuhalten²²), die radikale Staatskritik (als Mittel, um die eigenen Aktionen als Notwehr zu rechtfertigen²³) und die Rede von der drohenden Wiederkehr des Nationalsozialismus (wiederum: als Versuch, das Publikum zu manipulieren²⁴). Dieser Erklärungsstrategie folgt auch der Versuch, das grüne Deutungsmuster auf einen prekären Kompromiss zwischen heterogenen Trägergruppen zurückzuführen, der zum Zweck des Machterwerbs im Zuge der Parteigründung ausgehandelt wurde.²⁵ Nun ist es gewiss unverzichtbar, diesen strategischen Umgang mit kulturellen Elementen zu berücksichtigen. Allerdings bleibt erstens die Frage, wieviel kultureller Wandel der Kreativität rationaler Protesteliten zugerechnet werden soll: Ab welchem Punkt gerät man damit in die Nähe des Modells »Große Männer machen Geschichte? Zweitens bleibt jeweils zu klären, warum solche – sei es: strategisch formulierten – Deutungsangebote zumindest den *Adressaten* plausibel erscheinen (und deshalb soziale Folgen haben können); schon darum verschiebt der Verweis auf rationale Elitenstrategien nur das Problem. Im Übrigen stellt sich bei Erklärungen, die nur auf strategisch-opportunistische, der jeweiligen Sache äußerliche Motive verweisen, immer die Frage, ob sie ihre Plausibilität nicht auch einem mangelnden Verständnis des Deutungsmusters verdanken, das das Handeln der Beteiligten anleitet und ihnen ihr Engagement sinnvoll erscheinen lässt. So könnte der Eindruck, die Entstehung des grünen Diskurses sei vor allem durch solche Kalküle zu erklären, auch darauf zurückgehen, dass von vornherein ein bestimmtes Verständnis des Ökologieproblems als das richtige und deshalb normale betrachtet wird (und es dann nahe zu liegen scheint, andere Verständnisse auf Wahrnehmungsverzerrungen und/oder Manipulationsversuche zurückzuführen); dass also etwa das »Naturschutz«-Muster, seines höheren Alters wegen, als die natürliche politische Sicht auf Natur begriffen wird, oder vorausgesetzt wird, Ökologie sei *eigentlich*, da sie auf »Bewahrung« ziele, ein konservatives Thema.

Auch auf die Frage, wie neue Protestbewegungen in Gang kommen und sich zumindest vorübergehend erhalten, gibt dieser Ansatz nur begrenzt plausible Antworten. Zweifellos haben politische Institutionen (etc.)

22 Douglas/Wildavsky, *Risk*, S. 122ff. Kritisch dazu: Jeffrey C. Alexander, Philip Smith, »Risk Society as Mythical Discourse«, 1996.

23 Engels, *Naturpolitik*, S. 398.

24 Michael Th. Greven, *Systemopposition. Kontingenz, Ideologie und Utopie im politischen Denken der 1960er Jahre*, 2011, S. 16f.

25 So teilweise Mende, *Geschichte der Gründungsgrünen*.

erhebliche Auswirkungen darauf, welches Maß an *Erfolg* ein einmal begonnener Protest erlangt. Im Standardmodell der Protestforschung soll der Verweis auf »Gelegenheitsstrukturen« aber bereits erklären, warum die Beteiligten überhaupt anfangen zu protestieren. Der Ansatz folgt dabei – auch wenn er die Protestierenden nicht als rationale Egoisten begreift, sondern eher als bedingt kooperationsbereite Altruisten – einem Rational-Choice-Modell, da er auf Erwartungen hinsichtlich Kosten und Nutzen des Protests abstellt (mit der Zusatzannahme, dass bestimmte »Strukturen« solche Erwartungen erzeugen) und annimmt, dass die Beteiligten sich dann engagieren, wenn sie dies für aussichtsreich halten und ihnen die »Kosten«, die etwa durch staatliche Repression entstehen, nicht zu hoch erscheinen. Gerade bei neuen, nicht oder nur schwach institutionalisierten Themen ist das problematisch. Oft lassen sich hier kaum rationale Erfolgserwartungen entwickeln, auch nicht in den Fällen, in denen Erfolgsaussichten objektiv bestehen.²⁶ Den Anschein der Plausibilität verdanken solche Deutungen oft einer Rückprojektion: Aus der Beobachtung, dass die Protestierenden politische Ziele haben, sowie dem im Nachhinein verfügbaren Wissen, dass der Protest relativ erfolgreich war, wird der Schluss gezogen, dass sich das Stattfinden dieses Protests schlicht auf eine Verfolgung dieser Ziele zurückführen lässt, die durch eine Erwartung dieses Erfolgs angetrieben wurde. Aber zu den Zeitpunkten, an denen die Beteiligten sich entscheiden zu protestieren, ist der spätere Erfolg für sie bestenfalls ungewiss, und typischerweise *bleibt* er das für lange Zeit.²⁷

Auch im Fall der »grünen« Bewegung konnten die Teilnehmer einerseits mit erheblichen »Kosten« rechnen: mit der Möglichkeit, durch den sog. Radikalenerlass vom öffentlichen Dienst – dem Arbeitsmarkt, auf den viele

26 Nimmt man die Prämisse ernst, die potentiellen Protestteilnehmer seien bedingt kooperationsbereite Altruisten, dann müsste man zudem erwarten, dass kollektives Engagement regelmäßig an einem Dilemma scheitert, das unter dem Titel *assurance game* diskutiert wird: Orientieren sich die Beteiligten an den Erfolgsaussichten, dann machen sie ihre Teilnahmeentscheidung wesentlich vom erwarteten Verhalten anderer potentieller Teilnehmer abhängig; eine höhere Teilnehmerzahl kann sowohl für die Erfolgsaussichten wie für das Ausbleiben harter Repression den Ausschlag geben. Wie viele andere kooperieren werden, ist aber regelmäßig ungewiss (jedenfalls, solange keine starke Organisation beteiligt ist, die eine hohe Mindestteilnehmerzahl garantiert). Gehen die so orientierten Akteure davon aus, dass zu wenige Andere einen Beitrag leisten werden, dann werden sie sich nicht engagieren. Erkennen sie dieses Problem, dann verschärft es sich. (Allgemein zum *assurance game*: Michael Suk-Young Chwe, *Rational Ritual*, 2001.)

27 Zu den Schwierigkeiten, in die rationalistische Erklärungen durch Ungewissheitsphänomene geraten, vgl. Jon Elster, »When Rationality Fails«, 1990, S. 27ff.

Protestteilnehmer durch ihr Studium zunächst festgelegt waren – ausgeschlossen zu werden,²⁸ aber auch mit der unmittelbaren Sanktionierung durch Polizeigewalt bei Protestereignissen, sowie zeitweilig mit erheblichen Strafen für die Teilnahme am Protest. (Zwar fiel die staatliche Repression im westdeutschen Fall – verglichen mit dem, was anderswo möglich war – recht milde aus; für die Erklärung kommt es aber darauf an, worin der für die Beteiligten durch das Gewohnte gestiftete Maßstab bestand und vor welche konkreten Handlungsalternativen sie sich gestellt sahen.²⁹) Andererseits mussten – erst recht nach dem ›Deutschen Herbst‹ 1977 – die Erfolgchancen für linken Protest äußerst ungünstig erscheinen. Die auf ›Gelegenheitsstrukturen‹ abstellenden Erklärungen versuchen zwar zu zeigen, dass die Beteiligten hier Anzeichen günstiger Aussichten erkennen konnten. Genannt werden insbesondere zwei Merkmale des westdeutschen Institutionensystems: die föderale Staatsorganisation, die es Protestierenden erlaubt, von Spannungen zwischen nationalen und regionalen politischen Eliten zu profitieren; sowie die ungewöhnlich starke Stellung der Verwaltungsgerichte, zusammen mit einem rechtlichen Rahmen, der weitreichende Einspruchsmöglichkeiten bietet.³⁰ Bei näherer Betrachtung erweisen sich diese Erklärungsvorschläge aber – wie in diesem Buch ausführlich gezeigt werden soll – als nur begrenzt plausibel. Um die für den Protest gegen das Atomprogramm wichtigsten Punkte vorab anzudeuten: Die Verwaltungsgerichte verzögerten zwar die Umsetzung des Programms, aber wie diese Prozesse letztlich ausgehen würden, war für sämtliche Beobachter ungewiss. (Tatsächlich wurde am Schluss alles genehmigt.) Im Übrigen richteten die meisten Protestteilnehmer gerade keine großen Hoffnungen auf die Gerichte. Was die Elitenspaltung anging: Beide großen Parteien waren für das Atomprogramm. Die föderale Staatsorganisation, die den Differenzen zwischen regionalen und nationalen Eliten größeres Gewicht

28 Vgl. Dominik Rigoll, *Staatschutz in Westdeutschland*, 2013.

29 Ein entsprechendes Erklärungsproblem tritt im Übrigen selbst dann auf, wenn die erwartbaren ›Kosten‹ ganz niedrig sind: Auch wenn es nur darum geht, am Sonntag an einer Demonstration teilzunehmen, die erwartbarerweise friedlich verlaufen wird, werden die potentiellen Teilnehmer dies nicht *einfach so* tun – sie könnten mit ihrem Sonntag ja auch etwas anderes anfangen (ähnlich wie, trotz niedriger ›Kosten‹ des sonntäglichen Gottesdienstbesuchs, die Mitglieder nicht ohne weiteres in die Kirche gehen).

30 Ruud Koopmans, *Democracy from Below: New Social Movements and the Political System in West Germany*, 1995, S. 56f. Vgl. auch Herbert Kitschelt, »Political Opportunity Structure and Political Protest«, 1986, sowie – bereits skeptisch gegenüber dem Konzept politischer Gelegenheitsstrukturen – Dieter Rucht, *Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich*, 1994.

verlieh, verschaffte den Protestierenden zwar anfangs ein Erfolgserlebnis, mit der mehrjährigen Verzögerung des Baus eines in Baden-Württemberg geplanten Atomkraftwerks; aber die Bundesländer, in denen danach die Schwerpunkte des Protests lagen, reagierten zunächst mit harter Repression; und nachdem in Niedersachsen zumindest der Protest gegen eine geplante Wiederaufarbeitungsanlage erfolgreich schien, stand mit Bayern rasch ein anderes Bundesland als Standort bereit (so dass die Protestteilnehmer den westdeutschen Staat mit seinen föderal verteilten Entscheidungszentren auch als eine Art Hydra hätten wahrnehmen können). Und in der Tat herrschte zwar eine Dauerspannung zwischen wirtschaftlichen und politischen Eliten: Die Energiewirtschaft, auf deren Kooperation die staatliche Kernenergiepolitik angewiesen war, stand dem Atomprogramm von Anfang an skeptisch gegenüber.³¹ Joachim Radkau will damit auch die Protestbereitschaft der Kritiker erklären: »Viele der AKW-Gegner spürten, dass sie trotz der Härte des Konflikts auf eine bröckelnde Front trafen.«³² Aber diese durchgängige Skepsis der Industrie hatte Radkau selbst – erklärtermaßen gegen die gängige Sicht der Protestteilnehmer – erst durch aufwändiges Quellenstudium nachgewiesen, sie dürfte den Protestierenden frühestens durch sein 1983 veröffentlichtes Buch bekannt geworden sein, kann also jedenfalls deren vorherige Handlungen kaum erklären.

Angesichts der Schwierigkeiten, den Protest durch Erfolgserwartungen zu erklären, die politische, also kollektiv wirksame Veränderungen betreffen, könnte eine Erklärung attraktiv erscheinen, die auf einen *anderen* Typ Erfolgserwartung verweist, der strikt individuelle Interessen betrifft. So stellt sich in professionalisierten Organisationen das Problem kollektiver Erfolgserwartungen auf viel mildere Weise, weil das entsprechende Handeln *bezahlt* wird. Da solche Organisationen im Untersuchungszeitraum innerhalb der »grünen« Bewegung keine große Rolle spielen, kommt eine solche Erklärung zunächst nicht in Frage; eine hier ansetzende Erklärungsstrategie besteht aber bekanntlich darin, das Konzept *selektiver Anreize* einzuführen, also zu fragen, ob bestimmte Güter die Beteiligten nach Art einer individuellen Bezahlung motivieren.³³ Auch die »grün« Bewegten wur-

31 Joachim Radkau, *Aufstieg und Krise der deutschen Atomenergiewirtschaft*, 1983.

32 Radkau, *Ära der Ökologie*, S. 229.

33 Klassisch: Mancur Olson, *The Logic of Collective Action*, 1971. Für eine Weiterentwicklung des Arguments, die gut auf Fälle passt, in denen politische Organisationen dadurch zusammengehalten werden, dass sie für ihre Mitglieder einen je individuellen Nutzen produzieren, vgl. Michael Hechter, *Principles of Group Solidarity*, 1987.

den in diesem Sinne als egoistische Nutzenmaximierer beschrieben, denen es von Anfang an nicht in erster Linie um die Realisierung eines politischen Entwurfs gegangen sei. So schreibt, unter Verweis auf die schlechten Aufstiegschancen im Arbeitsmarkt der 70er Jahre, der Parteienforscher Franz Walter: »Die Grünen waren [...] auch ein Vehikel, ja eine Pressure-Group für neue Berufsfelder, neue Elitepositionen, neue Karrierewege. [...] Ihre Talente [...] hatten immer unbeirrt das Ziel einer nicht zuletzt für sie selbst besseren Zukunft vor Augen. All das gab der Linken ihren spezifischen Elan und Eifer, gab ihr die Aura einer stürmischen und leidenschaftlichen Zukunftsbewegung. Aber im Laufe der 1990er Jahre kamen die Grünen genau dort an, wo sie hinwollten. Die grün-alternativen Studenten der frühen 1980er Jahre bekleideten inzwischen komfortable Positionen im öffentlichen Dienst [...]. Fischer zog an die Spitze des Außenministeriums.«³⁴ Damit wird allerdings eine Erklärungsroutine, die bei etablierten Parteien immer wieder passen mag – dort eröffnet die Mitgliedschaft zusätzliche Zugangschancen zum Arbeitsmarkt und zu anderen Märkten, was die Entscheidung zum Parteieintritt erklären kann – auf einen Fall angewendet, der recht anders gelagert ist. Vielleicht hätte ein offenerer Arbeitsmarkt einen Teil der in den 70er Jahren Protestierenden stärker in Berufsarbeit eingebunden, so dass sie weniger verfügbar für Protest und womöglich auch weniger protestgeneigt gewesen wären. Auch daraus ließe sich aber nicht folgern, dass ihr Aktivismus von der *Erwartung* angetrieben war, dadurch zu besseren Posten zu kommen; denn noch zum Zeitpunkt der Parteigründung, erst recht aber in der Zeit ihres vorangegangenen Engagements hätten sie mit diesem politischen Erfolg kaum rechnen können.

Diese Plausibilitätsgrenzen rationalistischer Erklärungen konnten es einleuchtend erscheinen lassen, zu pathologisierenden Beschreibungen zurückzukehren, die diesen Protest als Produkt eines spezifisch irrationalen Handelns begreifen (und als bedauerliche Unterbrechung eines Normalablaufs demokratischer Entwicklung). Diese Deutungen heben die *gewaltsamen* Aktivitäten hervor; sie nutzen oft eine religionskritische Rhetorik (ggf.: als Kritik an »Ersatzreligionen«, mit einem polemischen Konzept »politischer Religion«³⁵), wie in der gängigen Rede vom *Sektierertum*, und sie erklären das

34 Walter, *Gelb oder grün?*, S. 88.

35 Vgl. etwa den prominenten Stichwortgeber Eric Voegelin (z.B. »Religionsersatz. Die gnostischen Massenbewegungen unserer Zeit«, 1960) und die Arbeiten von Shmuel Eisenstadt, der Voegelins Thesen soziologisch übersetzt (besonders deutlich zu erkennen ist die Anknüpfung in: Eisenstadt, »Axial Age Sectarianism and the Antinomies of

Wahrnehmungsmuster der Protestierenden als Ergebnis *vorgängiger Affekte*, etwa: als Ausdruck von Angst.³⁶ Das verbindet sich oft mit einer Konzentration auf unterstellte individualpsychologische (oder sonstige individualpathologische)³⁷ Ursachen; dieser Fokus bringt Erzählungen hervor, in denen sich das radikale Engagement direkt aus biographischen Verletzungen ergibt (und ansonsten letztlich unverständlich bleibt).³⁸ Zugleich regt diese Perspektive dazu an, die Effekte von Protestbewegungen zu trivialisieren und zumindest *positiv* bewertete politisch-kulturelle Veränderungen, die früher auch den Aktivitäten einer solchen Bewegung zugerechnet wurden, stattdessen – wie es der Tradition der Modernisierungstheorie entspricht – auf einen ohnehin stattfindenden »systemischen« Wandel zurückzuführen.³⁹ Die Erklärung für den relativen Erfolg des westdeutschen Anti-AKW-Protests lautet dann etwa: In der »neuen Ökonomie«, die sich in den 80er Jahren auch in der Bundesrepublik durchgesetzt habe, hätten Kernkraftwerke ohnehin keinen Platz gehabt.⁴⁰

Modernity«, 2001). Zu Nutzen und Grenzen von Eisenstadts Erklärungsansatz vgl. Wolfgang Knöbl, *Spielräume der Modernisierung*, 2001, S. 221ff.; ders., *Die Kontingenz der Moderne. Wege in Europa, Asien und Amerika*, 2007, S. 83ff.

36 Statt anderer: Niklas Luhmann, *Ökologische Kommunikation*, 1986. Vgl. auch die mildere, aber verwandte These, der gemeinsame Nenner der frühen Grünen bestehe in einem »diffusen Unbehagen« (Mende, *Geschichte der Gründungsgrünen*, S. 405). Für eine ähnliche Sicht auf den Anti-AKW-Protest vgl. Albrecht Weisker, »Powered by Emotion? Affektive Aspekte in der westdeutschen Kernenergiegeschichte zwischen Technikvertrauen und Apokalypseangst«, 2005.

37 Zur neuropathologischen Sicht auf linkes Engagement vgl. (am Fall des Nachdenkens über Ulrike Meinhofs Gehirn) Michael Hagner, *Geniale Gehirne. Zur Geschichte der Elitegehirnforschung*, 2004, S. 306ff.

38 Vgl. etwa das auf seine Weise hochinteressante Buch von Gerd Koenen, *Vesper Ensslin Bader. Urszenen des deutschen Terrorismus*, 2003. Zu den Verengungen, die hier durch eine biographische Perspektive entstehen können, vgl. auch die Nachbemerkungen zur Methode.

39 Zu den Problemen solcher Argumente vgl. Knöbl, *Spielräume*; ders., *Kontingenz*.

40 Vgl. Christian Joppke, *Mobilizing Against Nuclear Energy: A Comparison of Germany and the United States*, 1993, S. 186ff. (Das Buch ist Habermas und Neil Smelser gewidmet.) Eine ähnliche Trivialisierungsstrategie verfolgt z.B. Thomas Etzemüller (*Ein Riss in der Geschichte? Gesellschaftlicher Umbruch und 68er Bewegung in Westdeutschland und Schweden*, 2005), der an das Programm der Bielefelder Sozialgeschichte anknüpft, die der Modernisierungstheorie ja von Anfang an eng verbunden war. (Vgl. Hans-Ulrich Wehler, *Modernisierungstheorie und Geschichte*, 1975. Zumindest bei den älteren Vertretern dieser Tradition zeigt sich ebenfalls die Bereitschaft, Handlungsmotive, die das »sozialgeschichtliche Instrumentarium nicht erfasst, notfalls mittels kollektivpsychiatrischer Einsichten zu erklären – in seinem jüngsten Buch spricht Wehler von der »Angstpsychose der Friedensbewegung«: *Die neue Umverteilung*, 2013, S. 44.)

Diese pathologisierenden Deutungen verleihen wiederum den Beschreibungen, die das Zweckrationale am Protesthandeln hervorheben, zusätzliche Stabilität; so reagiert etwa der Versuch zu zeigen, dass der »grüne« Protest sich schlicht an der Objektivität des Problems orientiert, wesentlich auf Deutungen, die Protest auf eine vorgängige *Angst* zurückführen.⁴¹ Insgesamt schwankt das Reden über die Protestbewegungen der 60er und 70er Jahre in stabiler Weise zwischen Normalisierung und Pathologisierung. Am deutlichsten zeigt sich das in den Debatten über die Studentenbewegung: Weiterhin fasst der eine Teil der Beschreibungen sie als Versammlung prototerroristischer »Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft«⁴², der andere als diskussionsfreudiges »Laboratorium der Demokratie«. Stabil bleiben nicht die Positionen der einzelnen Teilnehmer dieser Debatten, aber doch der Raum der Positionen, zwischen denen diese Teilnehmer hin- und herwechseln. Noch Aussagen, die diese Diskursordnung zu verlassen scheinen, wiederholen oft nur die alten Beschimpfungen.⁴³ Für ein besseres Verständnis des Phänomens kommt es darauf an, das Spiel von Normalisierung und Pathologisierung nicht zu reformieren, sondern zu verlassen; benötigt wird ein Ansatz, der dem Rationalismus entkommt, der hier als geteilte stillschweigende Voraussetzung weiterwirkt.

Eine Lösung könnte hier das in der Zeitgeschichte wieder stärker genutzte Milieukonzept⁴⁴ versprechen, das bei den Beteiligten einen anderen Handlungssinn vermutet (eine Aufwertung der alltäglichen Lebensführung, mit besonderer Bedeutung der Popkultur⁴⁵), der durch einen anderen Typ

41 Z.B. bei Joachim Radkau, »Mythos German Angst. Zum neuesten Aufguss einer alten Denunziation der Umweltbewegung«, 2011.

42 Erwin K. Scheuch (Hg.), *Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft. Eine kritische Untersuchung der »Neuen Linken« und ihrer Dogmen*, 1968.

43 Ein Beispiel dafür, wie die scheinbar aus größter Distanz vollzogene kritische Aufarbeitung doch weiter mit den Kategorien der Beteiligten operiert, liefert Götz Aly's Buch *Unser Kampf 1968* (2008): Wenn es den »antiautoritären« Protest in eine Nähe zur nationalsozialistischen Studentenbewegung rückt, wiederholt es bloß eine »antiautoritäre« Schimpfroutine, die ihrerseits nur einen zeitgenössischen Topos aufnimmt, mit dem auch die studentischen Protestteilnehmer selbst durch die verschiedensten Sprecher bedacht werden (»Rote SA«, »linker Faschismus«), und der auch in der Auseinandersetzung um die RAF immer wieder auftaucht (zu Letzterem vgl. Hanno Balz, *Von Terroristen, Sympathisanten und dem starken Staat*, 2008, S. 247ff.).

44 Detlef Siegfried, *Time Is on My Side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre*, 2006; Sven Reichardt, D. Siegfried (Hg.), *Das Alternative Milieu*, 2010.

45 Manchen Historikern scheint das so verstandene Milieukonzept zusätzlich attraktiv, weil es eine »sozialgeschichtliche« Erklärungsmöglichkeit eröffnet: Dass »Jugend« als separate soziale Kategorie funktioniert – weshalb sich die so Eingebundenen nun als Angehörige